



## FASCHISMUS

KEMPSTON  
BEDFORD  
ENGLAND

## TATSACHEN ÜBER DIE DIKTATUREN.

ERSCHEINT DEUTSCH, ENGLISCH, SCHWEDISCH, UND SPANISCH

MIT DER BITTE UM VERÖFFENTLICHUNG UNTER QUELLENANGABE (I.T.F.)

No. 10  
12. Jahrgang

24. Mai 1944

Soldatenausschuesse in Deutschland (ITF) Ein Teil der aelteren deutschen Arbeiter und Bauern, die jetzt eingezogen wurden, um Hitlers Armee aufzufuellen, hat die Lehre von 1918, des Jahres des Zusammenbruchs des Kaiserreichs, nicht vergessen. Wir erfahren, dass in 4 Bezirken Norddeutschlands die Gestapo versucht, von Soldaten der Ersatzbattalione gebildete illegale Soldatenausschuesse aufzuspüren. Die Ausschuesse bildeten sich, als Soldaten energisch mehr warme Mahlzeiten forderten. Die Gestapo wurde aufmerksam, als an Kasernenwaenden nazifeindliche Inschriften wie "Nieder mit Hitler", "Schluss mit dem Krieg usw. erschienen.

Streiks in Portugal (ITF) 10 Monate nach den grossen Auguststreiks werden neue Streiks portugiesischer Arbeiter gegen die klerikale Diktatur gemeldet. - Die Diktatur hatte unter dem Druck der vorjaehrigen Streikbewegung nach langem Zoegern Brotrationierung eingefuehrt. Die Ration ist heute eine der niedrigsten in Europa: 1302 g Weissbrot oder 2065 g Roggenbrot oder 2456 g Maisbrot pro Kopf und Woche. In den Arbeitervierteln der groesseren Staedte wurden seit Anfang Mai Flugblaetter verteilt gegen "Salazars faschistisches Hungorregime", in denen der Diktator als "Volksfeind, der die Brotrationen der Armen kuerzte, damit die Reichen noch dicker werden" bezeichnet wurde. Die Hafendarbeiter in Lissabon legten am 6. Mai die Arbeit nieder. Viele Betriebe in der Hauptstadt, in Sacavom, Povea und Alhandra streikten. Am 8. und 9. erreichte die Streikbewegung ihren Hoehenpunkt. Hauptmann Lourenzo, der beruechtigte Kommandant der Geheimpolizei, und General Ramiros, der Chef der Nationalgarde, liessen ihre Banden auf die Arbeiter los. In den Kasernen verteilten Streikkomitees Solidaritaetsappelle. Die Soldaten durften die Kasernen nicht verlassen. "Mehrere Hundert Arbeiter wurden verhaftet", berichtet "Diario da Manha".

Eine Demonstration in Vila Franca da Xira, in die die Flugplatzarbeiter hineingezogen werden sollten, wurde auseinandergeschlagen.

Salazars Kriegsminister ordnete scharfe Repressalien an. Alle nicht zur Arbeit Erschienenen, einschliesslich der von Streikposten Zurueckgehaltenen, mussten entlassen werden; sie durften nicht wieder eingestellt und auch in andern Betrieben nur mit Erlaubnis des Kriegsministeriums beschaeftigt werden. Alle Betriebe, deren Belegschaftsmehrheit sich, wenn auch nur kurze Zeit, am Streik beteiligte, wurden fuer mindestens 30 Tage geschlossen. Mehrere Betriebsleiter, die nicht energisch genug gegen die Streikerden vorgegangen waren, wurden verhaftet.

(Fuer die Red.: Die Hungerunruhen hatten wahrscheinlich groesserem Umfang als dieser ausschliesslich auf vom Lissaboner Zensor genehmigte Meldung gestuetzte Bericht erkennen laesst. Vgl. unsere Berichte vom 11.VIII. und 6.X.43. - Radio Lissabon, 10., 16.V., "Diario da Manha", 9.V., "Deutsches Nachrichtenbuero, 9., 14.V., Transocean, 5., 6., 8., 9., 16.V.)

Illegale Opposition in Spanien (ITF) Radio Falange Valladolid beklagt sich (am 11.V.) erneut ueber "illegale Arbeit gegen die Falange" und (am 17.V.) ueber "perverse innere Feinde".

Terror in japanischen Betrieben (ITF) Die japanische Militaerdiktatur versucht verzweifelt, die Kriegsproduktion trotz weiterer Einziehungen zur Armee zu steigern. Die Arbeiterreserven sind nahezu erschoept. Das Schliessen nicht-kriegswichtiger Betriebe in 17 Industriezweigen brachte der Armee bis Ende Mai noch nicht 180 000 Rekruten. Der Aufruf an Frauen, sich freiwillig fuer Kriegsarbeit zu melden, hatte nur bescheidenen Erfolg. Daher wurde Zwang zur freiwilligen Meldung fuer 14-40jaehrige ledige Frauen eingefuehrt, berichten Nazi-Journalisten ironisch aus Tokio. "Wie 'Asahi' ausfuehrt, genuege heute ein blosser Appell an den Patriotismus nicht mehr... Darum werden jetzt auch Frauen zu freiwilligen Arbeitskorps einberufen, womit der bisherige Grundsatz, dass Frauen keinem gesetzlichen Zwang. unterworfen seien, sondern nur freiwillig

mitmachen sollen, erhalten bleibt". Arbeitsschutzgesetze wurden beseitiged, die Gewerbeinspektoren wurden dem Munitionsminister unterstellt. (Domei)

Kinder werden in die Betriebe geschleppt: "Die Schulen werden nun kraeftig zum Arbeitsdienst herangezogen. Manche Schulen behalten grundsaeztlich ihren Unterricht bei, aber der Lehrplan wird wesentlich komprimiert. Die Schueler gehen waehrend der auf diese Weise eingesparten Stunden, sowie an den Nachmittagen und Sonntagen, zur Arbeit in die naechstliegende Fabrik. Andere Schulen wiederum schliessen und alle Schueler arbeiten in einem Fabrikbetriebe, bekommen aber zwischendurch von ihren Lehrern im Fabrikgelaeude Unterricht.

Inzwischen haben alle Betriebe eine gute Bekoestigung und Bekleidung ihrer Belegschafteneingefuehrt, ein maechtiger Anreiz, da die sonstigen Rationen knapp sind, sodass der, der sich satt zu essen wuenscht, auch arbeiten muss... Reiswein, Zucker, Getraenke, Webwaren... sind im freien Handel laengst nicht mehr erhaeltlich" ("Muenchener Neueste Nachrichten").

Um den Arbeiterwiderstand in den Betrieben zu brechen, wurden alle Arbeiter unter Militaerrecht gestellt. Straffaellige Arbeiter kommen jedoch nicht einmal vor das Militaergericht, dem Unternehmer wurde vielmehr das Recht gegeben, nach eigenem Ermessen die militaergesetzlich vorgesehenen drakonischen Strafen zu verhaengen! "Eine sozusagen militaerische Rangordnung der Betriebsangehoerigen wurde... eingefuehrt. Diese sozusagen militaerische Rangordnung geht von der hoechsten Spitze, dem Betriebsfuehrer, hinunter bis zum juengsten Lehrjungen. Jeder erhaelt, abgesehen von seiner Funktion im Betrieb, einen Rang und mit der Rangeinstufung wird ein Disziplinarsystem verknuepft, das Strafen und Belohnungen vorsieht. Dem Betriebsfuehrer und allen seinen Unterfuehrern werden mit der Disziplinargewalt die praktischen Mittel in die Hand gegeben, ihrer Verantwortung gerecht zu werden". Wie noetig diese neuen Strafandrohungen waren, zeigt die Bemerkung des Nazi-Journalisten: die Unternehmer "stehen ihrer Aufgabe nicht mehr machtlos gegenueber wie bisher(!), sondern koennen und muessen auf Grund ihrer neuen Vollmachten Disziplin und Leistung verantworten, beziehungsweise erzwingen". (Domei, 27.III, "Koelnische Zeitung", 22.III., "Muenchner Neueste Nachrichten", 14.IV., "Deutsche Allgemeine Zeitung", 13.IV.)

Hitlers Dilemma:

Arbeitermangel und Menschenjagd

(ITF) Das Herausziehen weiterer Arbeitergruppen aus Betrieben und Bauernhoeften zum Auffuellen der durch

die schweren Verluste gerissenen Luecken hat die Leiter der deutschen Kriegswirtschaft vor eine fast unloesbare Aufgabe gestellt, denn gleichzeitig soll die deutsche Kriegsproduktion gehalten und muss die Landwirtschaft sogar intensiviert werden, um den Ausfall der Ernten in den inzwischen befreiten russischen Gobielen auszugleichen. In einem gemeinsamen Rundschreiben versprochen Goering, der Generalbevollmaechtigte fuer den Arbeitseinsatz Sauckel und der Munitions- und der Landwirtschaftsminister, dass die letzten verfügbaren deutschen und europaeischen Arbeitskraftreserven mobilisiert werden wuerden. Beim Auskaemen der Betriebe im August und September 1943 waren der Armee ueber 400 000 Arbeiter zur Verfüegung gestellt worden, berichtet die Essener "Nationalzeitung", natuerlich nur zum Teil Frontdienstfaehige. Beim jetzigen Auskaemen muss mit weit bescheidenerem Ergebnis gerechnet werden, aber heute koennen selbst 200 000 Arbeiter kaum ersetzt werden. Einigen Erfolg verspricht man sich in Deutschland von Heranziehung bisher nicht erwerbstaetiger Frauen und, wie das Rundschreiben betont, vom energischen Einschreiten gegen das ueblich gewordene Fehlen, gegen unnoetiges Krankfeiern und gegen Arbeitsunterbrechung wegen Rohstoff- oder Kohlenmangel. Diese durch Transport-schwierigkeiten verursachten Arbeitsunterbrechungen werden trotz aller Ermahnungen bei der Entwicklung des Bombenkrieges haeufiger werden. Die Strafen fuer unentschuldigtes Fehlen und Zuspaeckommen werden bereits verschaeerft, aber sie helfen nicht viel, denn die Arbeiter sind sich ihres Seltenheitswertes bewusst geworden. Es gibt Arbeiter, klagte (Mitte Maerz) ein suedwestdeutsches Naziblatt, "die wissen, dass der Betriebsfuehrer bei dem Arbeitermangel nicht gern jemanden entlaesst. Sie wissen, dass der Lohnstop keine Lohnerhoehungen zulaesst, daher gibt es von der Lohnseite her fuer sie keinen Anreiz. Da ist einer, der leichten Bombenschaden hatte, aber 14 Tage wegbleibt; andere muessen fuer eine 'wichtige Sache' einen Tag frei haben und andere Volksgenossen leben nach der Losung: lieber ein bisschen faul, als dumm, und stellen sich so ungeschickt an, wie es geht, sodass man sie moeglichst mit Arbeit verschont. Es handelt sich meist um ungelernete Arbeiter oder Angestellte der niedrigsten Gehaltsklassen... Die Soldatenfrau nimmt, kurz bevor ihr Mann auf Urlaub kommt, Urlaub, um, wenn ihr Mann kommt, wieder freie Tage zu erhalten". Die Unternehmer koennten diese Arbeiter bestrafen, aber sie tun es nicht, entruestet sich das Naziblatt.

Kranke sollen arbeiten, auch wenn sie in den Betrieben die Gesunden gefaehrden. Den Arbeiterinnen erklaren die "Muenchener Neuesten Nachrichten": "Also mit dem Kranksein... da wird jetzt aufgeraumt. Frueher, ja, da konnte man es sich einmal leisten, ein paar Tage ins Bett zu kriechen... eine Influenza, eine Grippe auszubrueten... Heute ist das so etwas wie ein Luxus". Unternehmer sind erneut auf einen Runderlass Sauckels verwiesen worden, in dem es heisst: "Der Offentuberkuloese mit staendigem starken Husten, reichlichem, bazillenhaltigen Auswurf... ist fuer seine Umgebung ernstlich ansteckungsgefaehrlich... Ferner ist jeder Offentuberkuloese fuer Kinder und Jugendliche (unter 25 Jahren) seiner Umgebung ansteckungsgefaehrlich". Der Tuberkuloese soll deshalb "an einem aertzlich als geeignet befundenen Arbeitsplatz unter Vermeidung engen Kontakts mit den Mitarbeitern und getrennt von Jugendlichen beschaeftigt" werden. "Arbeitsplatz, Kranker

und Arbeitskameraden werden ueberwacht" werden muessen - was bei dem Aerztmangel in Deutschland allerdings beinahe unmoeglich ist. Das Rundschreiben betont, dass die Unternehmer keinem bei Zusammenarbeit mit Tuberkuloesen angesteckten Arbeiter eine Entschae-digung zu zahlen haben: "Der Betriebsfuehrer kann nicht haftbar gemacht werden, wenn er Offentuberkuloese an vom Arbeitsamt ausgesuchten Arbeitsplaetzen beschaeftigt".

Druck auf Frauen - Die Altersgrenze fuer die Arbeitsverpflichteten kann in Deutsch-land kaum mehr heraufgesetzt werden, u.a. weil es an Personal fehlt, das die Befreiung-antraege der alten Maenner und Frauen ueberpruefen koennte. Deshalb wird immer wieder zur freiwilligen Meldung der Nichtarbeitsverpflichteten aufgerufen. Anscheinend ist das Ergebnis dieser Appelle nicht sehr ermutigend, denn jetzt gehen die Behoerden dazu ue-ber, ein den Soldaten gegebenes Versprechen zu brechen und Muetter mit kleinen Kindern in die Kriegsarbeit zu zwingen. In vielen Staedten werden diese Frauen zu einer wöchent-lichen Mindeststundenzahl Heimarbeit fuer Kriegsbetriebe verpflichtet, und nach einiger Zeit versucht man dann, sie durch sanften Druck "freiwillig" in die Kriegsbetriebe zu bekommen. Da die Frauen Bomben fuerchten, ist bisher der Erfolg nicht gross gewesen.

Menschenjagd - Ein verzweifelter Versuch wird gemacht, den Arbeitermangel dadurch zu mildern, dass in Deutschland und vor allem in den besetzten Gebieten weitere fuer den zivilen Bedarf taetige Betriebe geschlossen und die so freigesetzten Arbeiter in die Kriegsbetriebe ueberfuehrt werden. In besetzten Gebieten hat eine neue Menschenjagd ein-gesetzt und beim Rueckzug in Russland wurden die Bewohner ganzer Doerfer mitgeschleppt. Die Arbeitsaemter versuchen jetzt, Arbeitsplaetze fuer die russischen Familien zu fin-den. In Norwegen wurde (Mitte Mai) die Registrierung der ganzen Jahresklassen 1921, 1922 und 1923 fuer Zwangsarbeit (vermutlich bei deutschen Schanzarbeiten) angeordnet; in Frankreich wurde zwischen dem 11. und 16. Mai die Jahresklasse 1925 gemustert; in Bel-gien wurden (Ende April) die 1922, 1933 und 1924 Geborenen zur Zwangsarbeit in Deutsch-land aufgerufen. In den Betrieben werden ruecksichtslos Zwangsarbeiter ausgehoben.

Ein Schweizer berichtet nach seiner Rueckkehr aus Belgien: "Die folgenden Anweisungen werden jeder Firma, Fabrik, Bank und Handelsfirma gesandt: 'Sie haben uns so und so viele Maenner zu stellen. Bereiten Sie Belegschaftslisten vor'. Ein deutscher Kommissar er-scheint und nennt diejenigen, die den Betrieb zu verlassen haben. Eines schoenen Tages erscheinen vor dem Werk ein oder mehrere Lastautos. Die bezeichneten Maenner muessen das Werk verlassen. Niemand weiss, wann sie zurueckkehren werden... oder ob sie zurueck-kehren werden. In einem Grossunternehmen wurden 300 Mann rekrutiert, unter ihnen 5 Vae-ter grosser Familien. Die Belegschaft beriet untereinander und 5 Freiwillige meldeten sich an ihrer Stelle. Die Gestapoagenten sagten: '5 Freiwillige? Wir wollen sie nicht enttauschen. Es sind deshalb 305 Mann zu stellen, die wir gleich mitnehmen werden'. Aber es gibt auch andere Methoden. Ein Lastauto haelt vor einem kleinen Laden. Ein Poli-zist steigt aus, geht in den Laden und fragt: 'Wieviel verdienen Sie im Monat?' Der Haendler antwortet und dann wird ihm gesagt: 'Davon kann man nicht leben, in Deutschland werden Sie mehr verdienen'. Der Haendler muss sofort in den Lastwagen... Man ist im Kino oder bei einem Fussballspiel. Deutsche Soldaten kommen und versperren die Ausgaenge. Man ist gluecklich, wenn man Papiere bei sich hat und eine von der Kommandantur unterzeich-nete Arbeitsbescheinigung. Hat man das nicht und gehoert man zu den (frueher aufgerufe-nen) Jahrgaengen 1920 oder 1921, dann endet die Unterhaltung ploetzlich mit einer Last-autofahrt. Manchmal kommen Belgier aus den Lagern, in die sie per Lastauto gebracht wur-den, heim. Sie berichten allgemein, dass sie schlechtes Essen bekamen und dass es in den Lagern nicht genuegend Wasserleitungen und Klosetts gab. Sie wurden in kleinen Baracken untergebracht... Eine riesige Zahl Belgier sind zwangsrekrutiert worden, aber sogar die, die aus Furcht vor Hunger in der Heimat oder durch die versprochenen hohen Loehne ver-fuehrt, am Anfang der Besetzung freiwillig nach Deutschland gingen, kommen erschoept und verbittert zurueck: die Loehne waren gut, aber die unter allen moeglichen Vorwaen-den gemachten Abzuege kuerzten sie ausserordentlich". ("La Suisse")

Jedem in Belgien Zwangsrekrutierten wird ein "Dienstverpflichtungsbescheid" der Wer-bestelle der Oberfeldkommandantur zur Unterzeichnung vorgelegt, in der es heisst: "Die Verweigerung der Unterschrift ueber die Aushaendigung des Dienstverpflichtungsbescheids und der Merkblaetter haben keinen Einfluss auf die Pflicht zur termingemaessen Aufnahme der Arbeit". - "Meldung am... Bahnhof", der Zug ist vorgeschrieben und ein angehefteter Kontrollzettel muss am Bahnhof abgegeben werden.

Einen Vorgeschmack von dem, was ihm in Deutschland bevorsteht, erhaelt der Zwangsre-krutierte durch einen Paragraphen: "Arbeitszeit woechentlich 54 Stunden, bei Bedarf mehr"

Dr. Stohtfang, der Stellvertreter des Generalantreibers Sauckel, hat mitgeteilt, dass die deutschen Behoerden mit dem Gedanken spielen, einen Austausch auslaendischer Arbei-ter durchzufuehren. Die Kontrakte aller auslaendischen Arbeiter - mit Ausnahme der dae-nischen - sind auf Kriegsdauer verlaengert worden. Die Behoerden planen jetzt, in Deutschland Beschaeftigte nach einem oder zwei Jahren durch Landsleute abloesen zu las-sen. Auf diese Weise hoffen sie, mit Hilfe der Verwandten der jetzt in Deutschland Tae-tigen die Rekrutierung in den besetzten Gebieten zu erleichtern. In Frankreich hat Laval diese Methode im vorigen Jahr versucht. Durch das energische Eingreifen der illegalen Organisationen scheiterte dieser Plan. Da es unwahrscheinlich ist, dass die deutschen Behoerden am Vorabend grosser Schlachten enttaeuschte Arbeiter in ihre Heimat entlassen werden, wird dieser Trick jetzt kaum in anderen Laendern die Rekrutierung von Zwangsar-beitern erleichtern. - (Fuer die Red.: Rundschreiben vom 12.II.; Tuberkuloese: Runder-lass, 8.VI.45.; Belgien: "Söir", Brussel, 30.IV.44; "La Suisse", 16.IV.; Stohtfang: "Essener Nationalzeitung", 3.V.)

Der Zwangsarbeitsplatz (ITF) 7 Hollaender, die zur Zwangsarbeit nach Innerdeutschland deportiert werden sollten, "entzogen sich dem Arbeitseinsatz, indem sie sich auf unredliche Weise Ausweise fuer den kleinen Grenzverkehr verschafften und sich damit (in Deutschland) in der Naehue der Grenze Arbeitsstellen suchten", berichtet die "Deutsche Zeitung in den Niederlanden" (21.X.). Sie wurden zu 5-8 Monaten Gefaengnis verurteilt.

Bericht aus Berlin (ITF) Ein Gewerkschafter, der sich an Ort und Stelle ueber die in Deutschland herrschenden Verhaeltnisse unterrichten wollte, ist jetzt nach fast zweijaehriger Arbeit in Berliner Betrieben in seine Heimat zurueckgekehrt.

Er berichtet: In meinem ersten Betrieb waren ungefaehr 40 Deutsche. 2 von ihnen waren Nazis, 2 Kommunisten und 3 ehemalige Sozialdemokraten. Die andern deutschen Arbeiter waren (zum Naziregime) oppositionell eingestellt, wollten aber von den alten Parteien nichts wissen. In Gespraechen zeigten sie ihre Gesinnung ganz offen, bei der Arbeit machten sie ironische Bemerkungen und versuchten zu sabotieren.

Illegale Zirkel - Da ich gut deutsch spreche, hatte ich verhaeltnismaessig rasch Kontakt mit einigen kleinen illegalen Gruppen, einer sozialdemokratischen, einer kommunistischen und einer aus einem Arbeiterkulturverein entstandenen. Ich habe in diesen Gruppen auch Vortraege gehalten.

Diese Kommunisten hoerten eifrig den Moskauer Rundfunk, dessen politischer Richtung sie zustimmten. Sie hatten auch auf Wachsplatten abgezogene "Richtlinien" ueber die Nachkriegszeit, in denen u.a. dargelegt wurde, dass eine deutsche Regierung auf breiter Basis noetig sei, an der die Kommunisten sich beteiligen muessten. Eine kommunistische Regierung sei aus drei Gruenden ausgeschlossen: die kommunistische Partei sei zu schwach, sie solle nicht die Alleinverantwortung fuer die vielen notwendig harten Massnahmen der Uebergangszeit uebernehmen und schliesslich wolle Moskau eine breite demokratische Regierung. Mit der Tatsache, dass Deutschland militaerisch besetzt wird, haben sie sich, wie die andern illegalen Gruppen, abgefunden. Bis 1943 gab es, vor allem unter den Kommunisten, Stroemungen, die organisierten Widerstand gegen Besatzungstruppen vorbereiten sollten. - Mit einer Militaerverwaltung rechnen sie offenbar nicht.

Diese Kommunisten erwarten, dass es den deutschen Arbeitern in von russischen Truppen besetzten Gebieten besser gehen werde als in von Englaendern und Amerikanern besetzten Teilen Deutschlands. Den Sozialdemokraten werfen sie vor, dass sie zu einseitig nur an Arbeiterforderungen fuer die Nachkriegszeit daechten.

Ausserhalb der im allgemeinen wenig bedeutenden ausgesprochen kommunistischen Zirkel wird vor allem der Londoner Rundfunk gehoert. Man glaubt auch dessen Nachrichten nicht unbedingt, haelt sie aber fuer zuverlaessiger als die vom Moskauer Rundfunk verbreiteten. Die Londoner Meldungen werden Freunden und Bekannten erzaehlt und gelegentlich werden Flugblaetter mit Londoner Nachrichten hergestellt und in Briefkasten geworfen oder auf Bahnhoeefen usw. ausgelegt.

Unter den aelteren Arbeitern halten noch viele an den alten Parteiorganisationen fest, unter den juengeren Arbeitern aber haben sich viele oppositionelle Zirkel gebildet, die nichts von den alten Parteien wissen wollen. Sie halten die Alten fuer steril und bedeutungslos fuer die Zukunft.

Vom Konzentrationslager an die Front - 1941 wurden viele "Politische" nach jahrelanger Haft aus Konzentrationslagern entlassen. Die meisten wurden sofort eingezogen, trotzdem sie offiziell fuer "wehrunwuerdig" erklart worden waren. Viele kamen zunaechst in das Ausbildungslager Heuberg (Wuerttemberg), wo sie sehr scharf herangenommen wurden. Von dort kamen sie meist zu Schanzarbeiten an verschiedenen Frontabschnitten. (Eine dieser Strafabteilungen wurde in Tunis gefangengenommen - Red.)

Mitte 1943 konnte man ueberall offene Kritik an der Diktatur hoeren. Jetzt ist man wieder vorsichtig geworden, denn der Terror wurde verschaeerft. Mit einem Hitlersieg oder auch nur mit einem Kompromissfrieden rechnen immer weniger Leute. Nur unter fanatischen Nazis glaubt man noch an Hitler und an ein rettendes Wunder. Die bewussten Nazgegner nehmen nicht an, dass vor der vollstaendigen militaerischen Niederlage eine Erhebung moeglich sei. Sie erwarten sehnuechtig die zweite Front, die mit der Ostfront und den Luftangriffen die Entscheidung bringen werde.

Streiks - Von dem von daenischen Arbeitern der illegalen Zeitung "De Frie Danske" gemeldeten Februarstreiks bei Koenigswusterhausen habe ich nichts gehoert. Meiner Meinung nach sind heute in Deutschland Streiks noch immer unmoeglich. Dagegen wird stets bewusster und systematischer langsam gearbeitet und sabotiert. Manche deutsche Arbeiter bedauern, dass in verschiedenen Grossbetrieben auslaendische Arbeiter intensiv arbeiten, damit sie moeglichst viel Geld heimsenden koennen.

Internationale Zusammenarbeit - In vielen Betrieben haben deutsche Antinazis guten Kontakt mit auslaendischen Arbeitern, besonders mit Franzosen. Viele versuchen, vor allem mit russischen Kriegsgefangenen in Kontakt zu kommen und sammeln fuer sie Zigaretten und Lebensmittel.

Bomben - Die deutschen Zeitungen behaupten, dass die Bombardements die Berliner zu einer Durchhalteeinheit zusammengeschweisst haetten. Das ist nicht wahr. Nur die fanatischen Nazis wurden noch fanatischer, die lauen wurden noch lauer. Die breite Masse ist so von Alltagsorgen und langer Arbeit in Anspruch genommen, dass sie kaum an groessere Zusammenhaenge denkt und sie ist im Grunde froh, nicht zum Denken zu kommen. (Der Gewerkschafter verliess Berlin in April.)

Eisenbahner in Deutschland (ITF) Die "Gazette de Lausanne" schreibt: "Obwohl die Schweiz hermetisch abgeschlossen ist, erreichen uns einige Berichte, Charakteristisch sind Berichte ueber deutsche Bahnhoeft, die voellig mit fran-zoesischen Eisenbahnern besetzt sind. Diese Maenner muessen ohne Aufsicht einwandfrei arbeiten. Das Leben ihrer in Frankreich wohnenden Familien steht auf dem Spid. Unter den gleichen Druck arbeiten Daenen, Norweger, Italiener und Tschochen... Kann man sich vor-stellen, was an dem Tag passieren wird, an dem eines der besetzten Gebiete von SS und Gestapo befreit werden wird?... Dass Gefangene und Agenten ohne Ausweispapiere von einem Ende des Kontinents zum andern reisen koennen, laesst erkennen, was morgen passieren kann" (4.V.)

Hafenarbeiterstreiks in Kopenhagen (ITF) Kopenhagener Hafenarbeiter protestierten durch zweitaegige Arbeitsniederlegung - am 16. und 17. Mai - gegen die Verhaftung von Vorstandsmitgliedern ihrer Vertretung durch deutsche Polizei. (Schwedischer Rundfunk, 18.V.)

Kein Darlan und kein Zuerueck zu 1939! (ITF) Die illegale franzoesische Zeitung "Franc-Tireur" schreibt: "Badoglio wurde Italien auf-gezwungen und uns hatte man Darlan aufzwingen wollen... Italien war immerhin ein be-siegter Feindstaat. Wir sind das nicht; wenn noetig, werden wir das deutlich machen. Es gibt nur eine franzoesische Regierung: das franzoesische Komitee der Nationalen Befreiung. Jeder Mochtegern-Badoglio wird uns als Gegner finden. Und auch in Frankreich leben Maenner, die von verantwortlichen Organisationen zur Uebernahme von Schlussel-po-sitionen bestimmt wurden. Nur sie werden wir anerkennen. Andererseits wird die Regierung revolutionaere Massnahmen durchfuehren muessen, um dem einmuetigen Wunsch des Landes zu entsprechen. Diese Massnahmen brauchen unsere wah-ren Freunde nicht zu schrecken. Die anderen muessen verstehen, dass jeder Versuch, einen status quo aufrecht zu erhalten, der weiss der Himmel welchen Interossen nuetzen wuerde, Gegenkraefte ausloesen muesste, die wir mit aller Kraft unterstuetzen wuerden". (Le Franc Tireur, Ausgabe Suedzone, 1.III.)

Franzoesische Eisenbahner im Kampf gegen Hitlors Versorgungslinien (ITF) Die in Montbeliard (Dep. Belford) unter deutscher Zensur erscheinende Zeitung "Pays de l'Est" schreibt (3.V.): "Waehrend wir auf das Signal zur alliierten Landung und auf das Eingreifen der beruehmten Widerstandarmee warten... geht der Terror im ganzen Land weiter, mit Mord, Desorganisieren und Sabotieren der Wirtschaft... Auf Betriebssabotage, auf Zerstoeren von Kraftwerken, Staudaemmen und Ei-senbahnstrecken folgt die immer haefigere Beschaedigung von Lokomotiven. Viele Zuege werden schon vom Fahrplan gestrichen, aber wenn es mit der Beschaedigung von Lokomotiven so weitergeht, wird bald kein Personen- oder Gueterzug mehr zusammengestellt werden koen-nen". - Das kann eine Uebertreibung sein, um von den deutschen Lokomotivrequirierungen abzulenken. Die Besorgnis der Nazifreunde ueber die Folgen der Sabotageaktionen wird je-doch nur zu verstaendlich, wenn man in der "Gazette de Lausanne" (8.V.) ueber die Tae-tigkeit franzoesischer Eisenbahner in den fuer den deutschen Nachschub in Suedfrankreich so wichtigen Grenzdepartements liest: "Die Zerstoerung von Lokomotiven hat in Frankreich eine ernste Lage geschaffen, vor allem in Belfort, Montbeliard und im Tal der Doubs, wo Eisenbahner dem Maquis bei der Durchfuehrung wohlueberlegter Plaene und Befehle hel-fen. Sie versuchen, franzoesische Leben zu schonen, aber sie handeln entschlossen. Drohscheiben, Zubhoer, Signalanlagen und Lokomotiven werden von Spezialistengruppen zerstoert. Manchmal ist deren Arbeit wirksamer als die britischen Fliiegerangriffe auf Eisenbahnstrecken oder Bahnhoeft".

Italienische Guerrillas (ITF) Nach den Maerzstreik in Norditalien haben sich viele Mailaender und Turiner Arbeiter den Guerillas angeschlossen. Heute sind die Guerillas in Norditalien ein militaerischer Faktor. Das alliierte Oberkom-mando in Italien schaezt, dass von den 25 deutschen Divisionen in Italien 6 durch ita-lienische und jugoslawische Partisanen gebunden werden. (Kommunique vom 21.V.)

"Verbrecher" (ITF) Nazirichter in Graz verurteilten (Anfang Mai) eine 24jaehrige oe-sterreichische Studentin zu 4 Monaten Zuchthaus. Verbrechen: Gespraecher mit 2 Kriegsgefangenen. - Der Betriebsleiter einer/Konservenfabrik lud zu einer Beleg-schaftsveranstaltung auch im Betrieb arbeitende Kriegsgefangene ein. Er wurde zu 3 Mo-naten Gefaengnis verurteilt. ("Angriff", 28.IV.) / deutschen

Italienische Kriegsgefangene hungern in Deutschland (ITF) Der Polizeipraesident von Hannover teilt mit: I-talienische Kriegsgefangene ("Badoglios") und russi-sche Arbeiter gehen von Haus zu Haus und fragen, ob man fuer sie Arbeit habe. Als Bezahlung verlangen sie Lebensmittelkartenabschnitte. Der Na-zipolizeipraesident erklaert, das sei verboten. (Fuer die Red.: Bekanntmachung vom 8.V. Durch Verordnung Sauckels vom 10.I.44 war russischen Arbeitern erlaubt worden, nach Ar-beitsschluss noch etwas hinzuverdienen.)

Ungarische Arbeiter verlassen den Betrieb (ITF) Der Budapester Polizeipraesident gab (am 8.V.) bekannt: "Vielfach wird darueber geklagt, dass Arbeiter der Lebensmittelindustrie unberechtigt ihren Arbeitsplatz ver-

Finnischer Arbeiterwiderstand

(ITF) Weshalb muessen die Fuehrer Finnlands so harte Arbeitsverordnungen einfuehren, die den Sklavenverordnungen Nazideutschlands entsprechen? Die Antwort gibt der Polizeipraesident Helsinkis, Generalmajor Arajauri. in einem Interview mit dem 'Suomen Socialdemokratii': Viel Extraarbeit machten der Polizei die Leute, die gegen die Arbeitspflichtbestimmungen verstossten. In Helsinki Ankommende braechten oft ihre Arbeitspapiere nicht mit. 1943 wurden deshalb 8000 Menschen inhaftiert. Das zeigt die wahre Einstellung der finnischen Arbeiter zu ihren deutschen Herren. (Radio Moskau, 18.V.)

Loehne im befreiten Frankreich

(ITF) Ueber den freien franzoesischen Rundfunksender in Algier sagte Henri Hauck, Direktor im franzoesischen Arbeitskommissariat: "Wir wissen alle, dass unter Vichys Herrschaft unzureichende Lohn gezahlt werden. Die Deutschen versuchen, Frankreichs Arbeiter auszuhungern, damit sie leichter veranlasst werden koennen, nach Deutschland zu gehen. Bei der Preissteigerung haben die heutigen Loehne noch nicht die halbe Kaufkraft der Loehne von 1939. Eine allgemeine Lohnerhoehung wird daher am Tage der Befreiung noetig sein. Diese gerechte Massnahme, die das franzoesische Komitee fuer Nationale Befreiung sofort durchfuehren will, wird unter die Ausbeutung der Arbeiter durch die Deutschen und durch Vichy einen Schlussstrich ziehen".

"Es wird noetig sein, die Preise zu stabilisieren und den Schleichhandel einzudaeckern. Zusammen mit neuen sozialpolitischen Massnahmen wird es dadurch unmoeglich gemacht werden, dass einige Bevorrechtete von allem das Beste haben, waehrend der Masse das Nuetigste fehlt. Wir muessen offen und ehrlich feststellen, dass die Befreiung das franzoesische Volk zwar vom Alp der deutschen Besatzung erloesen und seine wirtschaftliche Lage verbessern wird, aber sie wird ihm nicht sofort Ueberfluss bringen. Alle werden wir Opfer bringen muessen, und wenn auch die Rationen erhoehrt werden, die Lebensmittelrationierung wird bleiben.

Die erste Aufgabe wird sein, den Grundlohn des nichtqualifizierten Arbeiters mit der moeglichen Lebensmittelversorgung in Einklang zu bringen... Es wird nicht moeglich sein, sofort Kollektivaktionen zuzulassen - wenigstens soweit es um Loehne geht. Lohnerhoehung, Preiskontrolle und Steuern sind Staatssache. Das bedeutet aber nicht den Ausschluss der Arbeiterorganisationen bei der Lohnfestsetzung. Nach der ersten Lohnerhoehung kann es erneut noetig werden, die Loehne der veraenderten Lebensmittelversorgung anzupassen. Mit verbesserter Lebensmittelversorgung werden die Rationen erhoehrt und man wird den Grundlohn entsprechend erhoehen muessen. Wenn trotz all unserer Bemuehungen die Preise nicht gehalten werden koennen, muessen die Loehne entsprechend erhoehrt werden. Das franzoesische Komitee fuer Nationale Befreiung wird deshalb ein Landeslohnamt mit bezirklichen und departementalen Verzweigungen einsetzen. In ihnen werden neben den Behoerdenvertretern Unternehmer- und Arbeitervertreter - in gleicher Zahl - sitzen. Die Arbeiter haben das Recht, sich mit jeder berechtigten Forderung an die Lohnaemter zu wenden." (Radio Algier, 19.V.)

Fortsetzung von Seite 59

lassen... Ich ersuche das Personal der im oeffentlichen Interesse arbeitenden Betriebe, die Arbeit fortzusetzen. Vorlaesst es den Arbeitsplatz, werde ich es in den Betrieb zurueckbringen lassen. Alle, die die Arbeit verweigern oder absichtlich vernachlaessigen und diejenigen, die unberechtigterweise im oeffentlichen Interesse liegende eilige Arbeiten ablehnen und alle Arbeitsscheuen werde ich wegen Vergehens gegen die Kriegsgesetze aburteilen und ausserdem internieren lassen".

Unternehmer als Hilfspolizei

(ITF) Oesterreichische Zeitungen veroeffentlichten (Mitte April) einen Aufruf der Polizei an die Unternehmer: "In der Regel werden Arbeiter, deren sich die Polizei wegen ihrer Vorstoesse gegen die Arbeitsdisziplin angenommen hatte, ihrem fruheren Unternehmer zurueckgestellt. Da die Polizei aber viele andere Pflichten hat, muessen die Unternehmer dafuer sorgen, dass ihre Arbeiter nach der Entlassung aus dem Gefaengnis oder einem Arbeitserziehungslager abgeholt werden".

Ungarn gegen Nazimassnahmen

(ITF) Die Behoerden von Uzhorod (Karpatorussland, von Ungarn annektiertes Gebiet der Tschechoslowakoi) klagen, dass zahlreiche Ungarn vorsaeztlich der Regierungsverordnung ueber die Internierung der Juden zuwiderhandeln. Viele Christen wurden verhaftet, weil sie Wertgegenstaende verbergen, die ihnen Juden zum Aufbewahren gaben und weil bei ihnen Juden gefunden wurden, die die Polizei schon lange suchte. Viele Juden verborgen sich in Waeldern.

Im Uzhoroder Internierungslager in der "Befreiungsstrasse" befinden sich 14 000 Juden. Zahlreiche Christen versuchten schon am ersten Tag, den Juden Lebensmittel zu bringen. Die Polizei hat daher eine strenge Lagerkontrolle eingerichtet.

Ueberflutung in Holland

(ITF) An der hollaendischen Kueste haben deutsche Besatzungsbehorden an verschiedenen Stellen breite Streifen fruchtbaren Landes ueberflutet, um alliierte Landungen zu erschweren. Die Lebensmittelversorgung Hollands wird dadurch gefaehrdet. "Wir brauchen die Tatsache nicht zu verbergen, dass die Lebensmittellage alles andere als rosig ist", schreibt am 18.IV. "Het Nationale Dagblad", das Organ der holl. Nazis. "Durch die Ueberflutung faellt ein Zehntel unserer Lebensmittelherzeugung aus". In Amsterdam und Rotterdam herrscht Moskitoplage. (Radio Bruessel, 17. V.)